

Erklärung der Gipfelkonferenz von London

Treffen der Staats- und Regierungschefs
in Downing Street, London

Die Staats- und Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Italiens, Japans, Kanadas, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika verabschiedeten am 8. Mai 1977 in London folgende Erklärung:

In zwei Tagen intensiver Gespräche in Downing Street haben wir Einvernehmen darüber erzielt, wie wir am besten zur Förderung des Wohles unserer eigenen Länder und anderer Länder beitragen können.

Die Weltwirtschaft muß als Ganzes gesehen werden. Dies setzt nicht nur Zusammenarbeit zwischen nationalen Regierungen, sondern auch eine Stärkung der zuständigen internationalen Organisationen voraus. Eindringlich stand uns die enge Verknüpfung aller uns beschäftigenden Probleme sowie unsere wechselseitige Abhängigkeit vor Augen. Wir sind entschlossen, gemeinsam den Aufgaben der Zukunft zu begegnen.

– Unsere vordringlichste Aufgabe besteht darin, mehr Arbeitsplätze zu schaffen und weiterhin die Inflation zu dämpfen. Inflation verringert die Arbeitslosigkeit nicht. Im Gegenteil, sie ist eine ihrer Hauptursachen. Die Jugendarbeitslosigkeit macht uns besondere Sorge.

Wir kamen überein,

- daß ein Erfahrungs- und Gedankenaustausch über die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Jugendliche stattfinden soll.
- Wir bekräftigen für unsere Regierungen die gesetzten wirtschaftlichen Wachstumsziele bzw. die Stabilisierungspolitik, die insgesamt die Grundlage für ein nachhaltiges nicht-inflationäres Wachstum in unseren Ländern und weltweit sowie für den Abbau der Zahlungsbilanz-Ungleichgewichte bilden sollen.
- Verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten sind vonnöten. Hierbei muß der internationale Währungs-

fonds eine wichtige Rolle spielen. Wir haben uns verpflichtet, uns um zusätzliche Mittel für den IWF zu bemühen und unterstützen die Bindung seiner Darlehensgewährung an die Annahme einer entsprechenden Stabilisierungspolitik.

- Wir werden eine starke politische Führungsrolle übernehmen, um die Möglichkeiten für den Handelsaustausch zur Stärkung des offenen Welthandelssystems auszuweiten, wodurch zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir lehnen den Protektionismus ab. Er würde die Arbeitslosigkeit verstärken, die Inflation vermehren und das Wohl unserer Völker mindern. Wir werden der Tokio-Runde der multilateralen Handelsverhandlungen einen neuen Impuls geben. Unser Ziel ist es, im Jahre 1977 in Schlüsselbereichen konkrete Fortschritte zu erreichen. Auf diesem Gebiet müssen strukturelle Veränderungen in der Weltwirtschaft in Erwägung gezogen werden.
- Wir werden weiterhin Energie einsparen und die Energieerzeugung steigern und diversifizieren, um damit unsere Abhängigkeit vom Erdöl zu vermindern. Wir stimmen in der Notwendigkeit überein, die Kernenergie zu steigern, um zur Deckung des Weltenergiebedarfs beizutragen. Wir verpflichten uns, dies zu tun und gleichzeitig die Risiken der nuklearen Proliferation zu verringern. Wir nehmen eine vordringliche Untersuchung in Angriff, um festzustellen, wie sich dies am besten erreichen läßt.
- Die Weltwirtschaft kann auf dauerhafter und gerechter Grundlage nur wachsen, wenn die Entwicklungsländer an diesem Wachstum beteiligt sind. Wir stimmen darin überein, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um einen erfolgreichen

Inhalt

Erklärung der Gipfelkonferenz von London	445
Erklärung zu Berlin	449
Gemeinsame Erklärung zum Programm für Zukunftsinvestitionen	450

Abschluß der KIWZ zu erreichen, und wir verpflichten uns, einen fortlaufenden konstruktiven Dialog mit Entwicklungsländern zu führen. Es ist unser Ziel, den Zustrom von Hilfe und anderen realen Ressourcen in diese Länder zu verstärken. Wir fordern die Länder des RGW auf, das gleiche zu tun. Wir unterstützen multilaterale Institutionen wie die Weltbank, deren Kapitalbasis hinreichend verbreitert werden sollte, um ihr einen Anstieg des realen Ausleihevolumens zu ermöglichen. Wir unterstreichen die Bedeutung sicherer Privatinvestitionen für die Förderung des weltwirtschaftlichen Fortschritts.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben bedürfen wir der Unterstützung und Mitwirkung anderer. Wir werden uns um diese Zusammenarbeit in den zuständigen internationalen Institutionen, wie den Vereinten Nationen, der Weltbank, IWF, GATT und OECD bemühen. Diejenigen von uns, deren Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angehören, beabsichtigen, ihre Bemühungen in diesem Rahmen zu unternehmen.

In unseren Gesprächen haben wir in der Substanz Übereinstimmung erzielt. Es ist unsere feste Absicht, diese Übereinstimmung nunmehr in die Tat umzusetzen. Wir werden die Fortschritte überprüfen, die bei allen hier in Downing Street erörterten Maßnahmen erzielt werden, um die Dynamik des konjunkturellen Erholungsprozesses aufrechtzuerhalten.

Die Botschaft der Gipfelkonferenz in Downing Street ist somit eine Botschaft des Vertrauens

- in die unverminderte Kraft unserer Gesellschaften und in die bewährten demokratischen Grundsätze, die sie mit Leben erfüllen
- daß wir die Maßnahmen ergreifen, die zur Lösung der Probleme und zur Sicherung einer gedeihlichen Zukunft erforderlich sind.

Anhang

Memorandum

Wirtschaftliche Aussichten

Seit 1975 hat sich die weltwirtschaftliche Lage fortschreitend verbessert. In allen unseren Ländern bestehen jedoch weiterhin ernsthafte Probleme. Unsere vorrangigste Aufgabe besteht darin, Arbeitsplätze zu schaffen und gleichzeitig die Inflation weiter zu verringern. Inflation ist kein Heilmittel gegen Arbeitslosigkeit, sondern eine ihrer Hauptursachen. Die bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erzielten Fortschritte sind uneinheitlich.

Die Notwendigkeit einer Anpassung zwischen Überschuß- und Defizitländern bleibt weiterhin groß. Die Welt hat sich noch nicht in vollem Maße an die kontraktiven Auswirkungen der Ölpreiserhöhung von 1974 angepaßt. Unsere Regierungen fühlen sich den Zielen des Wachstums und der Stabilisierung verpflichtet, die zwar von Land zu Land unterschiedlich sind, aber als

Ganzes die Grundlage für ein anhaltendes weltweites nicht-inflationäres Wachstum bieten sollten.

Einige unserer Länder haben sich für 1977 angemessene expansive Wachstumsziele gesteckt. Die Regierungen dieser Länder werden ihre Politik laufend überprüfen und verpflichten sich, erforderlichenfalls weitere Maßnahmen zu ergreifen, um ihre erklärten Wachstumsziele zu erreichen und um zu einem Abbau der Zahlungsbilanz-Ungleichgewichte beizutragen. Andere Länder verfolgen eine Stabilisierungspolitik, welche die Grundlage für stetiges Wachstum bilden soll, ohne die Inflationserwartungen zu verstärken. Die Regierungen dieser Länder werden diese Ziele weiterhin verfolgen.

Die jeweilige Politik der beiden Ländergruppen steht in wechselseitigem Zusammenhang. Die Politik der ersten Ländergruppe soll ein Klima schaffen helfen, das einer Expansion in der anderen Gruppe förderlich ist, ohne die Inflation zu verstärken. Nur wenn es gelingt, Wachstumsraten in der ersten Gruppe beizubehalten und in der zweiten zu erhöhen und die Inflation in beiden Gruppen mit Erfolg zu bekämpfen, kann die Arbeitslosigkeit abgebaut werden.

Besondere Sorge macht uns das Problem der Jugendarbeitslosigkeit. Wir werden daher die Ausbildung Jugendlicher fördern, um fähige und vielseitig verwendbare Arbeitskräfte heranzubilden, damit sie aus dem sich entwickelnden Wirtschaftsaufschwung Nutzen ziehen können. Alle unsere Regierungen treffen zu diesem Zweck einzeln oder gemeinsam geeignete Maßnahmen. Wir müssen so viel wie möglich voneinander lernen und sind übereingekommen, Erfahrungen und Gedanken auszutauschen.

Erfolg bei der Gestaltung unserer Binnenwirtschaft wird nicht nur das weltwirtschaftliche Wachstum stärken, sondern auch zum Erfolg in den vier folgenden wichtigsten wirtschaftspolitischen Bereichen beitragen: Zahlungsbilanzfinanzierung, Handel, Energie und Nord-Süd-Beziehungen. Fortschritte in diesen Bereichen werden ihrerseits zur weltwirtschaftlichen Erholung beitragen.

Zahlungsbilanzfinanzierung

Die erdölimportierenden Staaten als Gruppe werden sich noch einige Jahre lang erheblichen Zahlungsbilanzdefiziten gegenübersehen und zu ihrer Finanzierung von den OPEC-Staaten Kapital importieren. Das Defizit für das laufende Jahr könnte sich auf 45 Mrd. US-Dollar belaufen. Nur durch eine Verringerung unserer Abhängigkeit von eingeführtem Erdöl und durch einen Anstieg der Einfuhrkapazität der erdölproduzierenden Länder kann dieses Defizit verringert werden.

Dieses Defizit muß sich auf die ölverbrauchenden Staaten in einer Weise verteilen, die mit ihren Möglich-

keiten, dauerhaft Kapital aufzunehmen, vereinbar ist. Es besteht weiterhin eine große Notwendigkeit für einen entsprechenden Anpassungsprozeß. Es bedarf erheblicher internationaler Zusammenarbeit und entschlossenen Vorgehens sowohl der Überschuß- wie der Defizitländer, wenn dauerhafter Fortschritt erzielt werden soll.

Die Anpassungsstrategie in den Defizitländern muß auch einschließen, daß der Schwerpunkt auf die Beseitigung binnenwirtschaftlicher Inflationsquellen sowie auf eine Verbesserung der internationalen Kosten-Preis-Relation gelegt wird. Es ist wichtig, daß Industrieländer in relativ starker Zahlungsbilanzposition eine anhaltende und angemessene Erhöhung der Binnennachfrage in vorsichtigen Grenzen gewährleisten. Außerdem sollten diese Länder ebenso wie andere Länder mit einer starken Zahlungsbilanzposition einen verstärkten langfristigen Kapitalexport fördern.

Der Internationale Währungsfonds muß bei der Finanzierung und Anpassung der Zahlungsbilanzen eine wichtige Rolle spielen. Wir stehen daher voll und ganz hinter der vor kurzem im Interimsausschuß des IWF erzielten Vereinbarung, die zur Einführung einer entsprechenden Stabilisierungspolitik führt. Zusätzliche Mittel werden die Fähigkeit des IWF stärken, Mitgliedsstaaten bei der Einführung einer Politik zu ermutigen und zu unterstützen, Zahlungsbilanzdefizite zu begrenzen und ihre Finanzierung durch die privaten Märkte zu gewährleisten. Diese Mittel sollten mit Auflagen und Flexibilität eingesetzt werden, um ein angemessenes Anpassungstempo zu gewährleisten.

Dieser IWF-Vorschlag sollte es erleichtern, die Wirtschaftsaktivität auf angemessenem Niveau zu halten und die Gefahr der Anwendung von Handels- und Zahlungsbeschränkungen zu verringern. Es ist ein Beweis für die Zusammenarbeit zwischen erdölexportierenden Staaten, währungsstarken Industriestaaten und dem IWF. Er wird wesentlich dazu beitragen, daß die Weltwirtschaft gesundet und fortschreitet. Im Verfolg dieses Zieles bekräftigen wir ferner unsere Absicht, uns um die Erhöhung der Geldwertstabilität zu bemühen.

Wir stimmten darin überein, daß das internationale Währungs- und Finanzsystem in seinem neuen und vereinbarten rechtlichen Rahmen durch eine baldige Verwirklichung der Quotenerhöhung gestärkt werden soll. Wir werden uns um eine baldige Einigung im Rahmen des IWF über eine weitere Erhöhung der Quoten dieser Organisation bemühen.

Handel

Wir sind bereit, eine starke politische Führungsrolle bei dem weltweiten Bemühen um eine Ausweitung der Möglichkeiten für den Handelsaustausch und um eine Stärkung des offenen Welthandelssystems zu übernehmen.

Die Erreichung dieser Ziele ist von entscheidender Bedeutung für den wirtschaftlichen Wohlstand in der Welt und die durchgreifende Lösung der Wirtschaftsprobleme, die sich sowohl den entwickelten als auch den Entwicklungsländern überall in der Welt stellen.

Eine protektionistische Politik verstärkt die Arbeitslosigkeit, vermehrt die Inflation und mindert das Wohl unserer Völker. Wir stimmen in der Notwendigkeit überein, das politische Bekenntnis zu einem offenen und nicht diskriminierenden Welthandelssystem aufrechtzuerhalten. Wir werden uns bemühen, sowohl national als auch im Rahmen der zuständigen internationalen Institutionen Lösungen herbeizuführen, die durch eine Ausweitung des Handels neue Arbeitsplätze schaffen und den Verbrauchern Vorteile bringen, sowie gleichzeitig Lösungsmöglichkeiten zu vermeiden, die den Handel beschränken.

Die Tokio-Runde der multilateralen Handelsverhandlungen muß energisch vorangetrieben werden. Die anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten machen es noch wichtiger, die Ziele der Erklärung von Tokio zu erreichen und ein umfassendes Paket von Übereinkünften auszuhandeln, das allen den größtmöglichen Vorteil bringt. Zu diesem Zweck werden wir uns in diesem Jahr bemühen, konkrete Fortschritte in Schlüsselbereichen wie den folgenden zu erzielen:

- Ein Zollsenkungsplan mit größtmöglichem Anwendungsbereich, der die Harmonisierung, eine erhebliche Verringerung und in gewissen Fällen die Beseitigung der Zölle erreichen soll.
- Konventionen, Übereinkünfte und sonstige Maßnahmen, die einen erheblichen Abbau der nicht-tarifären Handelsschranken und die Vermeidung neuer Schranken in Zukunft erleichtern und die in der Weltwirtschaft eingetretenen strukturellen Veränderungen berücksichtigen werden.
- Ein allseits annehmbares Verfahren für die Behandlung von Landwirtschaftsfragen, das eine erhöhte Ausweitung und Stabilisierung des Handels sowie eine bessere Sicherung der Weltnahrungsmittelversorgung bewirkt. Fortschritte dieser Art berühren nicht das den einzelnen Ländern auf Grund bestehender internationaler Abkommen zustehende Recht, erhebliche Marktstörungen zu verhindern.

Wir erstreben den Abschluß umfassender und ausgewogener Übereinkünfte auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zwischen allen Industrieländern und sind gleichzeitig entschlossen, im Einklang mit den Zielen der Erklärung von Tokio dafür zu sorgen, daß die Übereinkünfte den Entwicklungsländern besondere Vorteile bringen.

Wir begrüßen die Maßnahmen, die Regierungen zum Abbau des schädlichen Wettlaufs in Zusammenhang mit öffentlich geförderten Ausfuhrkrediten getroffen haben, und schlagen vor, sich in diesem Jahr mit

- lehen real zunehmen und einen weiteren Bereich erfassen können;
- die Sicherheit der Kapitalanlagen zu fördern, die notwendig ist, um die weltwirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben;
- für konstruktive Ergebnisse der Verhandlungen über die Stabilisierung von Rohstoffpreisen und die Schaffung eines gemeinsamen Fonds für einzelne Abkommen mit Ausgleichslagern zu sorgen und Probleme der Stabilisierung der Exporterlöse der Entwicklungsländer zu prüfen, und
- weiterhin den Zugang der Produkte der Entwicklungsländer zu den Märkten der Industrieländer ohne störende Nebenwirkungen zu verbessern.

Es ist wünschenswert, daß diese Maßnahmen der entwickelten Länder und der Entwicklungsländer im Verhältnis zueinander beurteilt und abgestimmt werden und sich in die weitergehenden gemeinsamen Ziele unserer Länder einpassen. Wir hoffen, daß die Weltbank und IWF gemeinsam mit Industrie- und Entwicklungsländern darüber beraten werden, wie sich dies am besten verwirklichen läßt.

Das Wohl der Industrieländer und das Wohl der Entwicklungsländer sind miteinander verknüpft. Der wachsende Wohlstand der Entwicklungsländer kommt den Industrieländern zugute, ebenso wie das Wachstum in den Industrieländern den Entwicklungsländern zugute kommt. Entwickelte und Entwicklungsländer haben ein gemeinsames Interesse an der Erhaltung eines Klimas, das einem weltweiten stabilen Wachstum förderlich ist.

Erklärung zu Berlin

Die vier Staats- und Regierungschefs Frankreichs, der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und der Bundesrepublik Deutschland haben Fragen bezüglich der Lage in Deutschland und insbesondere in Berlin geprüft.

Die vier Regierungen äußerten ihre Befriedigung über die positiven Auswirkungen, die das Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 auf die Lage in und um Berlin gehabt hat. Sie stimmten darin überein, daß die strikte Einhaltung und volle Anwendung des Abkommens als unerläßliche Voraussetzung für die anhaltende Verbesserung der Lage wesentlich für die Vertiefung der Entspannung, die Aufrechterhaltung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit in ganz Europa sind.

Die Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs stellten fest, daß die Entspannung ernsthaft bedroht würde, wenn eine der

vier Signatarmächte des Viermächte-Abkommens die Verpflichtungen nicht voll respektieren würde, die von ihnen in diesem Abkommen und in der Erklärung der Vier Mächte vom 9. November 1972 bestätigt worden sind.

Wie die Drei Mächte erneut betonten, wurde das Viermächte-Abkommen ausdrücklich darauf gegründet, daß die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte und die entsprechenden Vereinbarungen und Beschlüsse der Vier Mächte aus der Kriegs- und Nachkriegszeit nicht berührt werden. Sie bekräftigten, daß dieser Status des besonderen Gebietes von Berlin nicht einseitig verändert werden kann.

Die Drei Mächte werden auch in Zukunft jeden Versuch zurückweisen, die Rechte und Verantwortlichkeiten in Frage zu stellen, die Frankreich, die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und die Sowjetunion in bezug auf Deutschland als Ganzes und alle vier Sektoren Berlins beibehalten.

Die vier Regierungen erinnerten daran, daß eines der wesentlichen Elemente des Viermächte-Abkommens die Bestätigung ist, daß die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen des Abkommens aufrechterhalten und entwickelt werden. Dies stimmt mit den Interessen und Wünschen der unmittelbar betroffenen Menschen überein.

In diesem Zusammenhang anerkannten die Drei Mächte die Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland, unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen des Viermächte-Abkommens betreffend ihre Befugnis zur Vertretung der Interessen der Westsektoren Berlins im Ausland, den Westsektoren Berlins zu ermöglichen, aus den praktischen Vorteilen der Ost-West-Beziehungen Nutzen zu ziehen.

Die vier Regierungen verpflichteten sich zur Zusammenarbeit bei der Aufrechterhaltung einer politischen Lage, die die Lebensfähigkeit und das Gedeihen der Westsektoren Berlins begünstigt. Die Drei Mächte würdigten die Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland und des Senats von Berlin, mit denen sichergestellt wird, daß es sich auch weiterhin lohnt, in den Westsektoren Berlins zu investieren und zu arbeiten.

Sie bekräftigten ihre Verpflichtung für die Sicherheit der Stadt, die eine unabdingbare Voraussetzung für ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist.

Nachdruck um die Stärkung und den Ausbau des bestehenden Konsens auf diesem Gebiet zu bemühen.

Wir sind der Ansicht, daß irreguläre Praktiken und unlauteres Verhalten aus dem internationalen Handel und Bankwesen ausgemerzt werden sollten, und begrüßen die Schritte in Richtung auf internationale Vereinbarungen, die gesetzwidrige Zahlungen verhindern.

Energie

Wir begrüßen die Maßnahmen mehrerer Regierungen zu erhöhter Energieeinsparung. Die Erhöhung der Energienachfrage und der Öleinfuhren nimmt in einem Umfang zu, der zu einer übermäßigen Beanspruchung der abnehmenden Kohlenwasserstoffvorräte der Welt führt. Wir stimmen daher über die Notwendigkeit überein, alles Erdenkliche zu tun, um unsere Bemühungen noch weiter zu verstärken.

Wir bekennen uns zur Notwendigkeit nationaler und gemeinsamer Bemühungen zur Einschränkung des Energiebedarfs sowie zur Erhöhung und Diversifizierung der Versorgung. Wir brauchen mehr Technologieaustausch sowie gemeinsame Forschung und Entwicklung mit dem Ziel einer wirksameren Energienutzung, der verbesserten Gewinnung und Nutzung der Kohle und anderer konventioneller Energieträger sowie der Entwicklung neuer Energiequellen.

Zur Deckung eines wachsenden Energiebedarfs und zur Förderung einer Diversifizierung der Energiequellen wird es erforderlich sein, in zunehmendem Maße Kernenergie zu verwenden. Dies sollte mit äußerster Vorsicht geschehen angesichts der Möglichkeit, daß Material hergestellt und verbreitet wird, das für Kernwaffen Verwendung finden kann. Unser Ziel ist es, den Energiebedarf der Welt zu befriedigen und die friedliche Nutzung der Kernenergie in weitem Umfang zugänglich zu machen, aber gleichzeitig die Gefahr einer Verbreitung von Kernwaffen zu vermeiden. Wir sind ferner übereinstimmend der Auffassung, daß Nichtverbreitungs-Maßnahmen soweit wie möglich sowohl für Industrie- wie für Entwicklungsländer gleichermaßen akzeptabel sein müssen, um wirksam zu sein. Zu diesem Zweck führten wir eine innerhalb von zwei Monaten zu erstellende vorläufige Analyse über die beste Methode zur Förderung dieser Absichten durch, einschließlich der Prüfung eines Auftrages zur internationalen Evaluierung des Brennstoffkreislaufs.

Die erdölimportierenden Entwicklungsländer haben besondere Probleme sowohl bei der Beschaffung als auch bei der Bezahlung der Energie, die sie zur Durchführung ihrer wirtschaftlichen Entwicklungsprogramme benötigen. Sie brauchen zusätzliche Hilfe beim Ausbau ihrer heimischen Energieerzeugung. Wir hoffen deshalb, daß die Weltbank in dem Maße, in dem sie über mehr Mittel verfügt, die diesem Zweck dienenden Vorhaben besonders vorrangig berücksichtigt.

Wir beabsichtigen, alles in unserer Kraft Stehende zu tun, um während der Übergangsfrist sicherzustellen, daß der Energiemarkt harmonisch funktioniert, insbesondere durch strenge Einsparungsmaßnahmen und die Entwicklung sämtlicher Energiequellen. Wir hoffen sehr, daß die erdöl erzeugenden Länder diesen Bemühungen Rechnung tragen und auch ihrerseits einen Beitrag leisten werden.

Wir glauben, daß diese Maßnahmen wesentlich sind, um allen Ländern heute und künftig eine kontinuierliche Energieversorgung zu vernünftigen Preisen zu ermöglichen, die mit einem anhaltenden nicht-inflationären Wirtschaftswachstum in Einklang stehen, und wir beabsichtigen, auf allen geeigneten Wegen unsere Politik in fortlaufender Konsultation und Zusammenarbeit untereinander und mit anderen Ländern abzustimmen.

Nord-Süd-Beziehungen

Die Weltwirtschaft kann nur auf dauerhafter und gerechter Grundlage wachsen, wenn die Entwicklungsländer an diesem Wachstum teilhaben. Es sind Fortschritte erzielt worden. Die Industrieländer haben trotz einer tiefgreifenden Rezession ihre Märkte offen gehalten. Sie haben ihre Hilfeleistungen, insbesondere an die ärmeren Länder, erhöht. Im Verlauf der nächsten drei Jahre, in denen wir gemeinsam mit anderen die Zusagen zur fünften Aufstockung erfüllen, werden bei der IDA für diese Länder etwa 8 Mrd. US-Dollar zur Verfügung stehen. Der IWF hat den Entwicklungsländern im Rahmen seiner Ausgleichsfinanzierung im vergangenen Jahre zusätzlich fast 2 Mrd. US-Dollar zur Verfügung gestellt. Auf der Grundlage gemeinsamer Anstrengungen der entwickelten Länder, der OPEC und anderer Entwicklungsländer ist ein internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung errichtet worden.

Dabei erzielte Fortschritte und der zu Tage getretene Geist der Zusammenarbeit können als ausgezeichnete Grundlage für weitere Schritte dienen. Der nächste Schritt wird der erfolgreiche Abschluß der Konferenz für Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit sein, und wir kamen überein, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um dieses Ziel zu erreichen.

Wir werden uns bemühen,

- den Zustrom von Hilfe und anderen realen Ressourcen aus den Industriestaaten in die Entwicklungsländer, insbesondere zu den 800 Millionen Menschen, die heute in absoluter Armut leben, zu erhöhen und die Wirksamkeit der Hilfe zu verbessern;
- den Zugang der Entwicklungsländer zu den internationalen Finanzierungsquellen zu erleichtern;
- multilaterale Kreditinstitute wie die Weltbank zu unterstützen, deren Ausleihkapazität unseres Erachtens in den kommenden Jahren noch erhöht werden muß, damit die von ihnen gewährten Dar-